



Einzureichen an: _____

Investitionsbank Sachsen-Anhalt
Förderberatung
Unternehmenskunden
Domplatz 12
39104 Magdeburg



Ich/Wir beantrage(n) bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt (IB) die Gewährung eines Darlehens aus dem Programm

Sachsen-Anhalt ZUKUNFT

Das IB-Darlehen für kleine und Kleinunternehmen (De-minimis)

Betrag in Euro

1. ANGABEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

Name/Firma (ggf. lt. Handelsregister/Vereinsregister) Geburts-/Gründungsdatum

Straße, Hausnummer Vorwahl/Rufnummer

PLZ Ort ggf. Ortsteil

Ansprechpartner zum Antrag (Name, Vorname) Vorwahl/Rufnummer/Fax

E-Mail WZ-Code (sofern bekannt)

Branche/Tätigkeitsbereich

2. KURZANGABEN ZUM VORHABEN

2.1 Ort des Vorhabens (sofern abweichend von Ziffer 1. dieses Antrages)

Straße, Hausnummer

PLZ Ort ggf. Ortsteil

2.2 geplante zeitliche Dauer

geplantes Ende des Vorhabens Tag/Monat/Jahr

3. ANGABEN ZUR BANKVERBINDUNG

Die Belastung der Zins- und Tilgungsleistungen soll zulasten des folgenden Kontos erfolgen:

(nur auszufüllen, sofern ein Konto bei BLSK abweichend von Ziffer 1. dieses Antrages)

IBAN

BIC (SWIFT-Code)

Länder-code Prüf-ziffern Bankleitzahl Kontonummer

Kreditinstitut

Kontoinhaberin/Kontoinhaber



4. DEM ANTRAG BEIZUFÜGENDE UNTERLAGEN

Die dem Antrag beizufügenden Unterlagen entnehmen Sie bitte der zu diesem Förderprogramm gehörenden Unterlagencheckliste.

5. BEFREIUNG VOM STEURERGEHEIMNIS

Die IB unterstützt das Land bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben gemäß § 4 der Verordnung über die Errichtung der Investitionsbank Sachsen-Anhalt (Bekanntmachung vom 18.06.2012, GVBl. LSA S. 235, in der jeweiligen Fassung). Zu den Förderaufgaben der IB gehört u.a. die Gewährung von Darlehen.

Die IB prüft mit diesem Darlehensantrag, ob sie dem Antragsteller ein Darlehen aus dem o.g. Förderprogramm bewilligt.

Gegenüber der IB hat das Land eine Garantie bzw. Bürgschaft für Darlehen im Rahmen des Förderprogramms übernommen. Die IB ist danach berechtigt, das Land auf Zahlung in Anspruch zu nehmen, wenn der Darlehensnehmer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt (Garantiefall).

Im Garantiefall ist die IB verpflichtet, die Rechte aus dem Darlehen – einschließlich der hierfür bestellten Sicherheiten – auf das Land zu übertragen.

Dies vorausgeschickt, erklärt/erklären der/die Antragsteller für den Fall der Bewilligung des beantragten Darlehens:

Befreiung vom Steuergeheimnis
(§ 30 Abs. 4 Ziffer 3 Abgabenordnung)

Bis zur vollständigen Rückführung des Darlehens

- sind die zuständigen Behörden des Landes Sachsen-Anhalt unwiderruflich ermächtigt, Einsicht in die Steuerakten beim zuständigen Finanzamt zu nehmen und
- ist das zuständige Finanzamt unwiderruflich von der Verpflichtung zur Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 Abgabenordnung) gegenüber dem Land Sachsen-Anhalt entbunden.

UNTERSCHRIFT(EN) DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

Ort, Datum	Unterschrift (Stempel, sofern relevant)
Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)	
Ort, Datum	Unterschrift (Stempel, sofern relevant)
Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)	

6. ERKLÄRUNGEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

- a) Mir/Uns sind die Vergabegrundsätze für die Vergabe von Darlehen aus dem Programm „Sachsen-Anhalt ZUKUNFT – Das IB-Darlehen für kleine und Kleinstunternehmen“ und die sich daraus ergebenden Voraussetzungen für eine Bewilligung bekannt. Mir/Uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung eines Darlehens nicht besteht, und dass ich/wir im Falle einer Bewilligung
- die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der IB und die Allgemeinen Bedingungen für Darlehen der IB sowie besondere für dieses Förderprogramm geltende Pflichten zu beachten habe(n). Die Regelungen aus den o. g. Vergabegrundsätzen und den Allgemeinen Geschäftsbedingungen bzw. Allgemeinen Bedingungen werden anerkannt.
- b) Mir/Uns ist bekannt, dass als Vorhabensbeginn grundsätzlich bereits der verbindliche Abschluss eines Lieferungs- oder Leistungsvertrages im Zusammenhang mit dem Vorhaben anzusehen ist. Die Einleitung eines Ausschreibungsverfahrens, Planungsarbeiten für das Vorhaben und erforderliche Gutachten zur Beurteilung der Förderfähigkeit gelten nicht als Vorhabensbeginn. Als frühester Vorhabensbeginn zur Liquiditätssicherung kann der 01.03.2020 gewertet werden.
- c) Die Gesamtfinanzierung des Vorhabens ist unter Einbeziehung des beantragten Darlehens gesichert. Die zu erwartenden Folgekosten können von mir/uns finanziert werden.
- Die Erklärungen unter Buchstabe d) und e) beziehen sich auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Unternehmens per Stichtag 31.12.2019**
- d) Ich bin/Wir sind zahlungsfähig, und gegen mich/uns steht ein (Verbraucher-) Insolvenzverfahren nicht unmittelbar bevor und ist nicht beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt worden. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, unverzüglich der IB mitzuteilen, wenn bis zur Bewilligung dieses Antrages ein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorstehen sollte, beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt wird.

- e) Sind bei der/dem Antragstellenden, bei verbundenen Unternehmen, den Inhabern (Beteiligten) oder bei Unternehmen, mit denen durch die Inhaber des antragstellenden Unternehmens personelle, vertragliche, wirtschaftliche oder sonstige Beziehungen bestehen, Zwangsmaßnahmen, wie eidesstattliche Versicherungen bzw. eine Vermögensauskunft nach § 807 ZPO, Konkurs- oder Vergleichsverfahren, Gesamtvollstreckungs- bzw. Insolvenzverfahren u. ä., in den letzten zehn Jahren beantragt, eingeleitet, durchgeführt oder mangels Masse abgewiesen worden? (bitte ankreuzen)

Nein Ja

Falls Ja:

Ist in den letzten fünf Jahren ein Steuerstrafverfahren gegen den/die Inhaber (Beteiligten) oder Vertreter des Unternehmens (auch im Zusammenhang mit anderen Firmen) beantragt, eingeleitet oder abgeschlossen worden? (bitte ankreuzen)

Nein Ja

Falls Ja:

- f) Ich/Wir erkläre(n) mich/uns

damit einverstanden, damit nicht einverstanden,

dass Fragen im Zusammenhang mit dem Darlehensantrag von der IB mit der Hausbank, dem Steuerberater/Wirtschaftsprüfer und an der Finanzierung beteiligten Partner (z.B. Beteiligungsgesellschaft, Beratungsgesellschaft) geklärt werden können. Insoweit befreie(n) ich/wir die IB vom Bankgeheimnis.

- g) Ich versichere/Wir versichern, dass bei Vorliegen einer Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) die angegebenen Ausgaben keine Umsatzsteueranteile enthalten.
- h) Ich/Wir werde(n) das Vorhaben nicht im Auftrag oder auf Rechnung Dritter durchführen.
- i) Ich versichere/Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der von mir/uns gemachten Angaben im Antrag sowie in den beigefügten Anlagen/Unterlagen. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, die IB unverzüglich zu informieren, wenn Änderungen gegenüber diesen Angaben eintreten.
- j) Mir/Uns ist bekannt, dass die IB berechtigt ist, weitere Angaben und Unterlagen anzufordern, soweit diese für die Entscheidung erforderlich sind. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, alle noch zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Unterlagen/Informationen/Auskünfte zu erbringen/zu erteilen. Sollten im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen an Ort und Stelle für notwendig gehalten werden, so erkläre(n) ich/wir mich/uns damit einverstanden.
- k) Ich/Wir erkenne(n) an, dass die IB berechtigt ist, Stellungnahmen anderer Stellen für die Beurteilung der/des Antragstellenden einzuholen. Zu diesem Zweck befreie(n) ich/wir den Kreditgeber, Verbände, Kammern sowie Behörden von ihren Verschwiegenheitspflichten.
- l) Ich/Wir entbinde(n) die Finanzbehörden gegenüber der IB von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 Abgabenordnung).
- m) Mir/Uns ist bekannt, dass die IB über den Antrag nicht in öffentlich-rechtlicher Form entscheidet und im Falle der Bewilligung des Darlehens ein Angebot für einen zivilrechtlichen Darlehensvertrag zusenden wird.
- n) **Belehrung über die Strafbarkeit des Subventionsbetrugs – gilt nur bei Betrieben und Unternehmen (einschließlich öffentlicher Unternehmen):** Mir/Uns ist bekannt, dass es sich bei dem beantragten Darlehen um eine Subvention handelt, auf die § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. S. 724) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG, Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1976, Teil I, S. 2037 f.) Anwendung finden. Gemäß § 3 SubvG besteht die Verpflichtung, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne dieser Vorschriften sind die Angaben bzw. Erklärungen zu den Ziffern 1., 2.1, 2.2, 6.c), 6.d), 6.e), 6.g), 6.h) und 6.i) dieses Antrages und die Angaben in den gemäß zu diesem Förderprogramm gehörenden Unterlagencheckliste Ziffern 3., 4., 5., 6., 7., 8., 9., 10., 11., 12. und 13. beizufügenden Unterlagen sowie die Angaben in der mit diesem Antrag abgegebenen KMU-Erklärung bzw. in der KMU-Erklärung vom

Subventionserheblich sind ferner solche Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung (§ 4 SubvG).

7. EINWILLIGUNG IN DIE VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

7.1 Werbeeinverständnis

Ich/Wir möchte(n) über die für mich/uns passenden Produkte der IB und über den Start und die Änderungen von Förderprogrammen informiert werden. Diese Einwilligung ist freiwillig und kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Ihre Einwilligung ist elementar für eine qualifizierte Beratung durch unser Haus, falls Sie uns dennoch keine Einwilligung zu Werbezwecken erteilen möchten oder Ihre Einwilligung zu einem späteren Zeitpunkt widerrufen, wirkt sich dies nicht auf die von Ihnen beantragte Förderung aus.

Einwilligung in Werbemaßnahmen der IB

Ich/Wir erkläre(n) mich/uns damit einverstanden, dass die IB die mit dem Förderantrag erhobenen persönlichen Daten nutzt, um mir/uns interessante Informationen zu weiteren Fördermöglichkeiten zukommen zu lassen:

per Post

telefonisch

per E-Mail

7.2 Erklärung zur Datenvereinbarung

Ich/Wir bestätige(n), dass mir/uns die Datenschutzhinweise nach Artikel 13, 14 und 21 der EU-Datenschutz-Grundverordnung online über www.ib-sachsen-anhalt.de/datenschutzhinweise oder als Ausdruck zur Verfügung gestellt wurden.

UNTERSCHRIFT(EN) DER/DES ANTRAGSTELLENDEN/BEVOLLMÄCHTIGTEN

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)